

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

Ausgabe 69, Mai 2010

Tschechien

Kreditzinsen für die Auszahlung von Dividenden sind steuerlich abzugsfähig

Das oberste Verwaltungsgericht erließ ein Urteil, das die steuerliche Abzugsfähigkeit der Zinsen für die Finanzierung von Dividendenausschüttungen wesentlich ändert. Während nach den bisherigen Stellungnahmen des Finanzministeriums die Zinsen aus solchen Krediten und Darlehen als steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen betrachtet wurden, kam das Oberste Verwaltungsgericht zum Schluss, dass dieser Aufwand von der Steuerbemessungsgrundlage nunmehr abgesetzt werden darf.

Das oberste Verwaltungsgericht stützte seine Meinung auf folgende Argumente:

- Die Gewinnausschüttung ist eines der grundlegenden Elemente der Unternehmenstätigkeit einer Gesellschaft, weil das Unternehmen im Handelsgesetzbuch als eine systematische Tätigkeit definiert wird, die von einem Unternehmer in seinem eigenen Namen selbständig und auf seine eigene Verantwortung zwecks Erreichung eines Gewinns durchgeführt wird. Der Gewinn erfüllt daher die Motivationsfunktion für die Gesellschafter, die durch ihre Einlagen in die Gesellschaft ermöglichen, dass diese ihre Unternehmungstätigkeit überhaupt ausüben und steuerbare Einkünfte erzielen kann.
- Zwischen dem Zeitpunkt der Erzielung des Gewinns und dessen Auszahlung an die Gesellschafter liegt immer ein gewisser Zeitverzug. Keine Rechtsvorschriften sehen dabei vor, dass die Gesellschaft verpflichtet wäre, den erzielten Gewinn in Form von Geld bis zu dem Zeitpunkt zu behalten, in dem die Generalversammlung entscheidet, ob der Gewinn an die Gesellschafter auszuschütten oder auf eine andere Weise zu verwenden ist. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ist es dagegen von Vorteil, dass die Gesellschaft den erzielten Gewinn für die Finanzierung ihrer Betriebstätigkeiten, Anschaffung von Anlagen u. ä. laufend verwendet, weil sie widrigenfalls diese Bedürfnisse mit Krediten oder Darlehen finanzieren müsste, um mit diesen die Zinsaufwendungen zu decken.
- Würde also die Gesellschaft keine Kredite oder Darlehen zur Finanzierung der Dividendenausschüttung aufnehmen, kann es sein, dass sie einen Teil ihres betrieblichen oder anderen Vermögens verkaufen müsste, wodurch ihre Unternehmenstätigkeit beschränkt würde, und dass in der Zukunft ihre steuerbaren Einkünfte dadurch sinken würden. Die Zinsaufwendung für die Finanzierung der Dividendenausschüttung aus externen Quellen ermöglicht damit der Gesellschaft, ihre steuerbaren Einkünfte aufrecht zu erhalten.

Sachbezüge – Das Abgeordnetenhaus überstimmte das Veto des Präsidenten

Am 13. April 2010 überstimmte das Abgeordnetenhaus das Veto des Präsidenten und erreichte somit die Änderungen des Umsatzsteuergesetzes. Ausgeschlossen von der Gesetzesänderung und somit von der Gruppe, die als Umsatzsteuerzahler dazu verpflichtet ist, eine Bemessungsgrundlage festzusetzen, die dem Fremdvergleichsgrundsatz erfüllt, sind Personen, die in einem arbeitsrechtlichen oder ähnlichem Verhältnis mit dem Umsatzsteuerzahler stehen. Diese Personen betrifft daher die Besteuerung der Sachbezüge, für die sie dem Arbeitgeber einen Preis zahlen, der unter dem üblichen Preis liegt. Derartige Sachbezüge können z.B. niedrigere Preise in der Betriebskantine oder Arbeitsnehmerrabatte auf Waren und Dienstleistungen sein. In solchen Fällen ist die übliche Vorgehensweise anzuwenden und die Steuerbasis wird auf der Grundlage des bezahlten Preis ermittelt. Im Falle von gratis gewährten Sachbezügen

ist nach wie vor die Bestimmung des § 36 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes anzuwenden.

Die Gesetzesänderung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung in der Gesetzesammlung in Kraft und kann rückwirkend vom Zeitpunkt der Rechtskraft der ursprünglichen Bestimmung § 36a des Umsatzsteuergesetzes (also ab 1. Januar 2010) angewendet werden.

Hat Ihre Gesellschaft in den vergangenen Veranlagungszeiträumen die Umsatzsteuer bei den oben erwähnten Transaktionen anhand des üblichen Preises ermittelt, kann sie die zu hoch abgeführte Umsatzsteuer zurückerhalten.

Kontakt vor Ort:

Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

Estland Einführung einer lokalen Verkaufssteuer in Tallinn

Am 15. April 2010 sind die letzten Änderungen der Regelungen zur Einführung der lokalen Verkaufssteuer in Tallinn in Kraft getreten. Somit steht erstmals fest, dass keine weiteren Änderungen geplant sind und die neuen Regelungen ab dem 1. Juni 2010 Anwendung finden. Die ersten Steuererklärungen für Juni 2010 werden folglich zum 20. Juli fällig. Danach müssen die Steuererklärungen jedes Quartal, in dem die steuerbaren Verkäufe getätigt wurden, bis zum 20. Tag des folgenden Monats eingereicht werden.

Der Steuersatz beträgt ein Prozent des Verkaufspreises, vor Zurechnung der Umsatzsteuer. Es ist dabei nicht nötig, die Verkaufssteuer extra auf der Rechnung auszuweisen. Sollte ein Verkäufer seinen Verkaufspreis erhöhen, um die Kosten der Verkaufssteuer zu decken, so erhöht sich die Umsatzsteuer ebenfalls, da die zusätzliche 1%ige Verkaufssteuer nicht von der Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer abgezogen wird.

Auf den Umsatz wird die Verkaufssteuer erhoben, wenn der Käufer eine natürliche Person ist (mit Ausnahme von Einzelunternehmern). Folglich werden Verkäufe an juristische Personen, staatliche Einrichtungen und Einzelunternehmer nicht besteuert. Daneben sieht die neue Regelung zahlreiche andere Ausnahmen vor. So wird die 1%ige Steuer beispielsweise nicht auf Waren und Dienstleistungen, die im Internet veräußert wurden, auf Elektrizität, Wärme, Gas und Wasser erhoben. Ebenfalls befreit werden die öffentlichen Verkehrsmittel, Grundnahrungsmittel und elementare Medikamente sowie Windeln. Die Zahlung der Verkaufssteuer soll zu einem ähnlichen Zeitpunkt wie die Zahlung der Umsatzsteuer erfolgen.

Unternehmen, die Güter verkaufen oder Dienstleistungen anbieten in Tallinn, sollten zu aller erst feststellen, ob sie Steuerzahler im Sinne des 2. Artikels des Verkaufssteuergesetzes sind. Dabei sollten sie auch kontrollieren, ob ihre Angaben zur Registrierung und Ortsansässigkeit stimmen und ob sie in der Gastronomie, im Einzelhandel oder als Dienstleister tätig sind. Entsprechende Definitionen enthält der 3. Artikel des Verkaufssteuergesetzes.

Kontakt vor Ort:

Villi Tõntson, Telefon: +372 6141 816

Lettland Funktionen der betriebsinternen Revision

Die lettische Gesetzgebung schreibt der betriebsinternen Revision (engl. internal audit; folgend als IA bezeichnet) eine Schlüsselrolle für interne Kontrollsysteme eines Unternehmens zu. Finanz- und Versicherungsunternehmen wie auch Behörden sind dazu verpflichtet eine IA-Abteilung zu unterhalten, aber auch eine Reihe börsennotierter und staatlicher Unternehmungen machen dies ebenfalls. Die Arbeit der IA-Abteilung kann folgende Bereiche abdecken: die Berechnung der Effektivität einzelner Unternehmenstätigkeiten, die Überprüfung der Glaubwürdigkeit des Finanzberichtes, das Aufdecken bzw. Verhindern von

Wirtschaftskriminalität, Sicherstellung der Vermögensgegenstände und die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften.

Diese Aufgaben können dabei durchaus helfen, die Effektivität eines Unternehmens zu erhöhen. In der Praxis mangelt es einer IA-Abteilung oft an Akzeptanz seitens der Geschäftsführung und sie wird deshalb lediglich als Kostenstelle gesehen.

Sollte eine Geschäftsführung daran zweifeln, dass die IA-Abteilung ihres Unternehmens konstruktiv arbeitet, kann es hilfreich sein, ein externes Team zu konsultieren, um die IA-Abteilung zu bewerten.

Vereinfachte Gründung einer Gesellschaft

Am 15. April 2010 verabschiedete das lettische Parlament eine Gesetzänderung des Handelsgesetzbuches, die am 1. Mai 2010 in Kraft trat.

Die Änderungen sollen vor allem die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung vereinfachen (private limited company). Das Handelsgesetzbuch wurde nun um den Paragraphen 185.1 erweitert, aus dem hervorgeht, dass unter bestimmten Bedingungen eine Gesellschaft mit einem Stammkapital von weniger als LVL 2.000 (ca. EUR 2.826) gegründet werden kann. Das Mindestkapital ist dabei nicht festgeschrieben, darf aber nicht weniger als einen lettischen Lats betragen (LVL), da der Gesellschaftsanteil einen Nennwert von mindestens einem lettischen Lats haben muss.

Um eine Gesellschaft unter den günstigeren Bedingungen gründen zu können, müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Maximal fünf Gründungsmitglieder;
2. Alle Gründungsmitglieder müssen natürliche Personen sein;
3. Die Geschäftsführung darf nur aus Anteilseignern bestehen;
4. Ein Unternehmen pro natürliche Person.

Sollte einer der Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sein, muss das Stammkapital innerhalb von drei Monaten auf LVL 2.000 erhöht werden, ansonsten kann die Gesellschaft durch ein Gericht aufgelöst werden.

Zusätzliche Voraussetzungen:

- Es muss jährlich eine Kapitalrücklage mit 25% des Reingewinns gebildet werden.
- Dividenden dürfen erst nach Bildung der Kapitalrücklage ausgeschüttet werden. Die Gesellschaft hat auch die Möglichkeit mit der Kapitalrücklage das Stammkapital zu erhöhen, nach Paragraph 185 des Handelsgesetzbuches (LVL 2.000).

Gesellschaften mit einem Stammkapital von weniger als LVL 2.000 treffen spezielle Regelungen in der Insolvenz. Im Falle der Insolvenz haften alle Gesellschafter einzeln für die Schulden der Gesellschaft. Dabei ist ihre Haftung auf den Mindestwert des Stammkapitals von LVL 2.000 beschränkt, abzüglich des Betrages, den sie bereits eingelegt haben. Wenn ein Gesellschafter also an der Gesellschaft mit einem lettischen Lats beteiligt ist, muss er sich an den Verbindlichkeiten der Gesellschaft nur noch mit bis zu LVL 1.999 beteiligen.

Kontakt vor Ort:

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Litauen

Kosten für die Neuordnung eines Unternehmens werden absetzbar

Mit dem Schreiben (18.10-31-1)-R2528 vom 18. März 2010 erläutert die Steuerbehörde, welche Kosten von der Körperschaft- und Umsatzsteuer absetzbar sind, die bei einer Firmengründung, Neuordnung oder Neuausgabe von Aktien entstanden sind.

Nicht absetzbar sind Kosten, die in einem direkten Zusammenhang mit den Aktionären und Leistungen, die an Aktionäre entrichtet wurden, entstanden sind. Diese Kosten dürfen nicht bei der Berechnung der Körperschaftssteuer abgesetzt werden und es darf kein Vorsteuerabzug vorgenommen werden. Steuerlich geltend gemacht werden können jedoch Kosten, die durch die Neuordnung des Unternehmens entstanden sind (z.B. Kosten für das Aufsetzen und Veröffentlichung eines Gesellschaftsvertrages, die Eintragung von Aktien, in Anspruch genommene Dienstleistungen von Beratern und Börsenmaklern, den Druck von Aktienzertifikaten etc.). Außerdem können Kosten, wie z.B. für die Aufsetzung der neuen Konditionen, Wirtschaftsprüfung, Vermögensbewertung, juristische Dienstleistungen und Dienstleistungen von Unternehmensberatern bei der Berechnung der Körperschaftssteuer und des steuerbaren Einkommens angesetzt werden. Ein Vorsteuerabzug genannter Dienstleistungen ist ebenfalls gestattet.

Einreichung der Einkommenssteuererklärung

Am 24. März 2010 hat die Steuerbehörde bekannt gegeben, dass die vorläufigen Formulare zur Einkommensteuererklärung im Internet bereit stehen.

Die Einkommensteuerklärungen müssen bis zum 3. Mai 2010 bei der Steuerbehörde eingereicht werden. Dabei müssen die Erklärungen auch von steuerlich geführten Personen eingereicht werden, die im Besteuerungszeitraum 2009 keine Einkünfte erzielt haben. Ebenso müssen Beamte, Politiker und andere Personen, die im 2. Artikel des Gesetzes zur Vermögensanmeldung stehen, ihre Steuererklärung einreichen. Darüber hinaus können Steuerklärungen auch eingereicht werden, wenn zu viel Einkommensteuer entrichtet wurde, Steuerschulden gezahlt wurden und ein Steuerfreibetrag angemeldet wird, der im Besteuerungszeitraum 2009 nicht beantragt wurde.

Möchte ein Steuerzahler eine 2%ige Verringerung seiner Einkommensteuer erreichen, muss er den Antrag ebenfalls bis zum 3. Mai 2010 bei der Steuerbehörde einreichen. Diese Förderung kann nur juristischen Personen gewährt werden, die nach einem Verfahren des Gesetzes für Wohlfahrt und Unterstützung Empfänger von Fördermitteln sind.

Kontakt vor Ort:

Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 5 239 2300

Slowakei

Niedrigerer 6%iger Umsatzsteuersatz für den "Ab-Hof-Warenverkauf"

In der letzten Ausgabe von Osteuropa kompakt berichteten wir, dass das slowakische Parlament eine Novelle verabschiedet hat, mit der in Zukunft ein 6%iger Umsatzsteuersatz auf Lebensmittelprodukte erhoben wird, die im Rahmen eines Ab-Hof-Verkaufs veräußert werden. Der slowakische Präsident hat nunmehr die Novelle, mit der ab dem 1. Mai 2010 der niedrigere Umsatzsteuersatz in Kraft tritt, unterzeichnet. Die Regelung gilt für bestimmte Lebensmittel (wie z.B. Fleisch, Rohmilch, Eier, Honig) aus slowakischer Produktion. Die Anwendung des niedrigen Umsatzsteuersatzes hat auch zur Bedingung, dass das Nahrungsmittelunternehmen ein kleines Produktionsvolumen hat und betrifft somit vorwiegend kleine Produzenten.

Neue Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge

Das statistische Amt der Slowakei hat den offiziellen monatlichen Durchschnittslohn für 2009 veröffentlicht, der EUR 744,50 betragen hat.

Die allgemeine Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum vom 1. Juli 2010 bis zum 30. Juni 2011 beträgt EUR 8934. Die monatliche Bemessungsgrenze für einige Sozialversicherungsbeiträge beläuft sich auf das Vierfache und für einige auf das 1,5-Fache des durchschnittlichen Monatslohns.

Die derzeit gültigen und die neuen Beitragsbemessungsgrenzen sowie die monatlichen Höchstbeiträge des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers zur Sozialversicherung vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 lauten wie folgt (in EUR):

Beitrag	Aktuelle Beitragsbemessungsgrundlage	Neue Beitragsbemessungsgrenze	Arbeitnehmer		Arbeitgeber	
			Aktueller Höchstbeitrag	Neuer Höchstbeitrag	Aktueller Höchstbeitrag	Neuer Höchstbeitrag
Krankentagegeldversicherung	1.084,55	1.116,75	15,10	15,60	15,10	15,60
Rentenversicherung	2.892,12	2.978,00	115,60	119,10	404,80	416,90
Invalideversicherung	2.892,12	2.978,00	86,70	89,30	86,70	89,30
Arbeitslosenversicherung	2.892,12	2.978,00	28,90	29,70	28,90	29,70
Garantiefonds	1.084,55	1.116,75	-	-	2,70	2,70
Reservefonds	2.892,12	2.978,00	-	-	137,30	141,40
Summe	-	-	246,30	253,70	675,50	695,60

* Die Garantiversicherung stellt einen Beitrag des Arbeitgebers in einen Fonds dar, aus dem Verbindlichkeiten gegenüber seinen Arbeitnehmern dann ausgezahlt werden, wenn der Arbeitgeber zahlungsunfähig wird.

** Der Reservefonds stellt einen Fond der Sozialversicherungsanstalt dar, aus dem die Sozialversicherungsanstalt ihre Verbindlichkeiten dann auszahlen kann, wenn einer ihrer Fonds (z.B. für die Rentenversicherung) zahlungsunfähig wird.

Die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung bleibt unverändert bei EUR 2.169,9 bis zum 31. Dezember 2010 (EUR 2.233,50 für 2011). Die Höchstbeiträge zur Krankenversicherung für 2010 betragen EUR 86,76 (Arbeitnehmer) und EUR 216,90 (Arbeitgeber).

Daneben muss der Arbeitgeber Unfallversicherungsbeiträge in Höhe von 0,8% der gesamten Bruttoeinkünfte des Arbeitnehmers leisten, für die keine Beitragsbemessungsgrenze festgelegt ist.

Kontakt vor Ort:

Tomas Alaxin, Telefon: +421 2 59 350 664

Ukraine Mögliche Änderungen im Steuerrecht

Das ukrainische Finanzministerium hat einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, der 13 Steuergesetze betrifft. Sofern die Änderungen vom Gesetzgeber verabschiedet werden, kann vor allem mit einem starken Anstieg der Steuerlast gerechnet werden.

Die vorgeschlagenen Änderungen beinhalten unter anderem:

- Jährlich dürfen maximal 20% der Verluste steuerlich vorgetragen werden. Die Verluste dürfen dabei jedoch nicht länger als fünf Jahre vorgetragen werden.
- Vorsteuerabzug nicht gutgläubiger Leistungsempfänger wird versagt.
- Die Online-Registrierung von Mehrwertsteuerrechnungen wird zur zwingenden Voraussetzung für den Vorsteuerabzug.

- Erhebliche Erhöhung der Verbrauchssteuern.
- Erhebliche Erhöhung der Wassersteuer, Grundsteuer und Werbesteuer.

Wir beobachten diese Entwicklungen und werden Sie über das Voranschreiten informieren.

Förderung ausländischer Investitionen

Am 27. April 2010 hat das ukrainische Parlament das Gesetz Nr. 6122 über "Die Änderungen der ukrainischen Gesetzgebung zur Anrechnung und Förderung ausländischer Investitionen" verabschiedet. Mit dem Gesetz sollen ausländische Investitionen in der Ukraine gefördert werden. Unter anderem sollen folgende gesetzlichen Voraussetzungen und Restriktionen aufgehoben werden:

Die obligatorische Registrierung ausländischer Investitionen einschließlich der obligatorischen Registrierung ausländischer Investitionen, die in Form von Geld getätigt wurden;

Ausländische Investitionen in Form von Geld dürfen nur in ukrainischer Währung getätigt werden und dies auch nur über ein spezielles Investitionskonto, das durch eine ukrainische Bank eröffnet wurde;

Das Verbot der vorzeitigen Rückzahlung grenzüberschreitender Kredite.

Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss es vom Präsidenten unterzeichnet und anschließend veröffentlicht werden. Wir werden Sie über alle weiteren Entwicklungen informieren und Ihnen mitteilen wann das Gesetz in Kraft tritt.

Kontakt vor Ort:

Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906777

Czech Republic Interest on loans for dividends payments is considered a tax-deductible cost

The Supreme Administrative Court published a judicial decision which significantly changes the view on the tax deductibility of interest on loans received for financing dividend payments. While the Ministry of Finance has historically viewed interest on such loans as a tax non-deductible cost, the Supreme Administrative court concluded that it is possible to consider the cost as tax-deductible from tax base.

The Supreme Administrative Court had the following arguments:

- Dividend payments are one of the basic pillars of a company's enterprise activities because entrepreneurial activity is defined by commercial Code as systematic activity carried out independently by an entrepreneur in his own name and under his own responsibility for the purpose of attaining a profit. Therefore, the profit fulfils a motivational function for shareholders who in turn ensure by their investment in the company carries out entrepreneurial activity and attains taxable incomes.
- There is always a delay between the creation of profit and its payment to associates. The law does not state that company must keep the profit in cash until the moment when the general meeting decides whether the profit will be paid to associates or used differently. In fact, from an economic point of view, it is advantageous for a company to use the created profit continuously for financing its operation activities, investment acquisitions, etc., because otherwise a company would have to finance its needs by means of credits and loans and settle the interest cost from that.
- If a company did not accept any credit or loan for financing dividend payments, it is possible that it would be obliged to sell a part of its operation or other assets which would lead to limiting its entrepreneurial activity, and in future there would be a decrease in taxable income. Expenditure of interests for the financing of dividend payments from external resources can allow a company's taxable incomes to be maintained.

VAT Act amendment related to employee benefits

Yesterday, on 13 April 2010, the Chamber of Deputies re-approved the VAT Act amendment after the President's veto. The VAT ACT amendment excludes persons who are in a labour law relationship, or in a similar relationship with the VAT payer, from the group of persons subject to the VAT payer's obligation to determine the VAT base using an arm's length price. The VAT Act amendment affects the taxation of employee benefits, for which employees pay the employer a price lower than the arm's length price. Where an employer provides its employees with meals, services/goods at a reduced price the general regime will continue to be used and the VAT base will be calculated from the price paid. In case employee benefits are provided for free, Section 36 (6) of the VAT Act will be applied.

The VAT Act amendment takes effect by declaration in the Collection of Laws, and it will be effective retroactively from 1 January 2010 (from the moment that Section 36a of the VAT Act became effective).

If your company has applied VAT at the arm's length price in respect of transactions involving employees (subsidised canteen meals for example) in previous taxable periods, the VAT overpaid can be recovered.

Estonia Local sales tax introduced in Tallinn

On 15 April 2010 the last changes to the Regulation introducing the local sales tax in Tallinn entered into force. It is now clear that no further amendments are planned and Regulation will be applied as of 1 June 2010. First sales tax return for June 2010 is due by 20 July. Subsequently, tax returns are submitted by 20th day following to the quarter when the taxable sales took place.

Tax rate is 1% on the sales price of certain goods and services, before VAT. It is not required to indicate the sales tax separately on the invoice. If a seller increases the sales price to cover the cost of sales tax, also the VAT revenue to the state is increasing as sales tax is not excluded from the VAT base.

A sale is subject to the sales tax only when the purchaser is an individual (except sole proprietor). Thus, sales to legal entities, state and local government institutions and sole proprietors are not subject to sales tax. Regulation also provides for a number of tax exemptions for sales tax purposes. For example, sales tax is not applicable to the goods and services sold through internet, electricity and heating energy, gas and water, local transportation, basic commodities (i.e. certain food and medical products), diapers, etc. The timing of sales tax liability is similar the VAT liability.

Businesses selling goods or providing services in Tallinn should first determine whether they are taxpayers for the purposes of Sales Tax Regulation (Art 2). They would need to control the data regarding their registration and location in the Registry of Economic Activities and whether they are active in the field of retail business, catering or provision of services. These concepts are defined in the Art 3 of the Sales Tax Regulation.

Latvia Functions of an internal audit

The Latvian legislation defines an internal audit (IA) as a key element of a company's internal control system. Finance and insurance companies as well as government agencies are obliged to run an IA business unit but a number of listed and state-owned companies do it, too. The scope of internal auditing within an organization is broad and may involve topics such as the efficacy of operations, the reliability of financial reporting, deterring and investigating fraud, safeguarding assets, and compliance with laws and regulations.

In fact these tasks can be very helpful to run a company efficiently but often an IA is only seen as a cost centre because of a lack of acceptance in company's CEO.

One lat is enough to start a private company Subline

If the CEO has doubts as to whether the IA team are performing in line with the best practice, it is possible to commission an external assessment of the IA function.

On 15 April the Latvian parliament passed amendments to the Commercial Code, effective from 1 May 2010.

The amendments open up more opportunities for setting up private limited companies. The Commercial Code now has section 185.1, which allows such a company to be formed with a share capital of less than 2,000 lats, subject to certain preconditions. The minimum capital is not quantified; however, because shares must be expressed in whole lats, if the founder is one individual, the minimum might be one lat, comprising a single share with a nominal value of one lat.

When setting up a company on easy terms, the following requirements must be met:

1. Up to five founders;
2. All founders must be individuals;
3. Only shareholders on the management board; and
4. One company per individual.

If any of these requirements is no longer met, share capital must be increased to 2,000 lats within three months after the noncompliance arose; if this is not done, the company may be dissolved by a court order.

Additional obligations:

- A mandatory reserve to be set up by making annual deductions equal to at least 25% of net profit for the year.
- Dividends may only be paid out of the balance that remains after these deductions. A company will be able to increase share capital to the amount prescribed by section 185 of the Commercial Code (2,000 lats) using this reserve.

There is special treatment for a company with less than 2,000 lats capital going insolvent. In that case the shareholders are held jointly and severally liable for the company's debts, but their liability is limited to the minimum share capital (2,000 lats) less what they have already paid up. So if the paid-up capital is one lat, the maximum liability may reach 1,999 lats.

Lithuania Recognition of reorganization costs for CIT and VAT purposes

On 18 March 2010, by letter No. (18.10-31-1)-R2528 the Tax Authorities explained the rules on recognition of costs, incurred when a company is established, reorganized or new emission of shares is issued for CIT and VAT purposes.

According to the Tax Authorities, costs directly related to the shareholders and their benefit but not to the activities of the company under reorganization (e.g. costs for preparation and registration of articles of association, registration of shares, services of consultants and brokers, printing of shareholders' certificates etc.) cannot be treated as allowable deductions for CIT purposes by the company under reorganization and input VAT of such services is treated as not deductible. However, other reorganization costs which are related to the company's activities (e.g. costs for preparation of the reorganization terms, audit, valuation of property, legal services, services of business advisers etc.) can be treated as allowable deductions for CIT purposes and deducted from taxable income in the tax period when incurred. The input VAT of such mentioned services can also be deducted for VAT purposes.

Reporting personal income

On 24 March 2010 the Tax Authorities informed that preliminary personal income tax returns are already prepared by the Tax Authorities and may be accessed in the Electronic Declaration System.

PIT returns have to be submitted to the Tax Authorities until 3 May 2010. Returns should be submitted by individuals who during 2009 taxable period had individual activities registered with the Tax Authorities even if no income was derived. The returns should also be submitted by state officials, politicians and other persons listed in Art. 2 of the Law on Declaration of the Property of Residents. Furthermore, tax returns may also be submitted for the purpose of PIT overpayment refund, payment of PIT liabilities of application of tax exempt amount which was not applied during the tax period.

For the purpose of allocation of 2% of PIT to the sponsorship, requests to the Tax Authorities should also be submitted until 3 of May. The sponsorships can be granted only to legal entities which qualify as receivers of sponsorship in accordance with the procedure laid down in the Law on Charity and Sponsorship.

Slovakia New assessment base for social security contributions Subline

The Slovak Statistical Office recently published the 2009 official average monthly salary, which is EUR 744,50.

This means that the new annual general assessment base for the period from 1 July 2010 to 30 June 2011 is EUR 8,934. The monthly maximum assessment bases for some social insurance contributions are four times the average monthly salary, and 1.5 times the average monthly salary for others.

The social security contribution rates and maximum contribution amounts (excluding health insurance) for the period from 1 July 2010 to 30 June 2011 are therefore as follows (in Euros):

Contributions	Current maximum base	New maximum base	Employee		Employer	
			Current maximum contr.	New maximum contr.	Current maximum contr.	New maximum contr.
Sickness	1,084.55	1,116,75	15.10	15.60	15.10	15.60
Retirement	2,892.12	2,978.00	115.60	119.10	404.80	416.90
Permanent disability	2,892.12	2,978.00	86.70	89.30	86.70	89.30
Unemployment	2,892.12	2,978.00	28.90	29.70	28.90	29.70
Guaranteed fund	1,084.55	1,116,75	-	-	2.70	2.70
Reserve fund	2,892.12	2,978.00	-	-	137.30	141.40
Total	-	-	246.30	253.70	675.50	695.60

* Guarantee insurance is the employer's contribution to the fund from which employee remuneration is paid of the employer becomes insolvent.

** The reserve fund is a fund of the Social Insurance Company that may be used by the Social Insurance Company to cover the insolvency of other insurance types (such as the retirement fund).

Health insurance contributions remain subject to a maximum base of EUR 2,169.09 until 31 December 2010 (2,233.50 for 2011), and the maximum health insurance contributions for 2010 are EUR 86.76 (for employees) and EUR 216.90 (for employers).

In addition to the employer's contributions listed above, an employer must also make injury insurance contributions of 0.8% of salaries, with no cap.

Ukraine Potential changes to tax legislation

The Ukrainian Ministry of Finance has developed a draft of a law altering 13 tax laws. The overall impact of these changes (if implemented) will be significant increase in the tax burden.

The proposed changes include:

- Annual 20% limitation for utilization of tax losses. If the losses are not utilized after five years, they will be lost.
- Disallowance of VAT credit on supplies from non-bona fide contractors.
- Registration of VAT invoices in e-registers as a compulsory requirement to credit input VAT.
- Significant increase of excise duty rates.
- Major increases in water tax, land tax and advertisement tax.

We are monitoring these developments and will keep you informed of the progress.

Facilitation of foreign investment regime

On 27 April 2010, the Parliament of Ukraine adopted the Law No. 6122 "On Amendments to certain Legislative Acts of Ukraine on Crediting and Promotion of Foreign Investment" (the "Law"). In particular, the Law cancels the following legal requirements and restrictions:

- Mandatory registration of foreign investments, including mandatory registration of foreign investments made in cash form;
- Requirement to make foreign investments in cash form in the national currency of Ukraine only and through special investment accounts opened with Ukrainian banks;
- Prohibition of early repayment of cross-border loans;

To enter into force the Law must be signed by the President and be officially published. We will keep you informed on when the Law enters into force and any further developments.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Tanja Galander
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-54 83
tanja.galander@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine Email an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.